

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 28.02.2007
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:50 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Ammersken, Heino

Vorsitzender

SPD-Fraktion
Götze, Horst
Grix, Helga
Meyer, Elfriede
Meyer, Lina
Schulze, Kai-Uwe
Stöhr, Friedrich

CDU-Fraktion
Odinga, Hinrich
Schönsee, Carmen

für Petra Orth

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder
Haarmeyer, Norbert
Hayenga, Klaas
Hollander, Volkmar
Züchner, Hermann

Vertreter der Caritas
Vertreter der ev.-ref. Kirche
Vertreter der DRK
Vertreter des Seniorenbeirates

von der Verwaltung
Tempel, Doris
Szag, Elisabeth
de Boer, Stefan
Engels, Josef

Sozialplaner

Frau Marion Jacobs Pro Familia
Frau Carmen Nikolic Pro Familia
Herr Rainer Hempel Verein „Das Boot/Kontaktstelle Kumm 'rin“
1 Vertreterin der örtlichen Presse

Protokollführung
Knochenhauer, Annett

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 2 Pflichtenbelehrung der beratenden Mitglieder gem. § 28 NGO

Die Pflichtenbelehrung entfällt, da die zu belehrenden beratenden Mitglieder nicht anwesend sind.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 31.01.2007

Herr Schulze bittet seine Aussage zu TOP 8, 7. Absatz, dahingehend abzuändern, dass ein Stadtteil den Zuzug weiterer ausländischer Mitbürger verkräften können müsse und dieses auch für den Stadtteil Barenburg gelten müsse.

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 31.01.2007 wird mit dieser Änderung genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Zuschauern erfolgt keine Wortmeldung.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Hilfen für psychisch Kranke und seelisch Behinderte - Bericht des Vereins "Das Boot/Kontaktstelle Kumm 'rin"
Vorlage: 15/0204

Herr Ammersken begrüßt Herrn Rainer Hempel, Geschäftsführer des Vereins „Das Boot“ e. V., Verein zur Hilfe psychisch Kranker.

Herr Hempel bedankt sich für die Einladung und stellt die Arbeit des Vereins, u. a. auch der Anlauf- und Kontaktstelle „Kumm 'rin“ im Stadtteil Barenburg, anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist als PDF-Datei im Internet unter www.emden.de im Bürgerinformationssystem einsehbar.

Herr Ammersken dankt für die Ausführungen.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau Elfriede Meyer spricht ebenfalls ihren Dank aus und berichtet unter Bezugnahme auf die vom Verein beabsichtigte Einbindung in das Gemeinwesen von der positiven Resonanz, die auf eine Vorstellung des Vereins mit seinen Tätigkeiten im Stadtteil Port Arthur / Transvaal, insbesondere beim dortigen Bürgerverein, erfolgt sei.

Herrn Schulze interessiert, wie sich die Finanzierung des Vereins, auch perspektivisch, darstelle.

Herr Ammersken schließt sich dieser Frage an und möchte im Hinblick auf mögliche Drittmittelförderungen ergänzend wissen, wann eine Entscheidung über den bei der „Aktion Mensch“ gestellten Antrag auf Förderung zur Aktivierung des Freiwilligen-Engagements voraussichtlich zu erwarten sei.

Herr Hempel führt aus, dass es seinen Informationen zufolge aufgrund der Umstellung auf ein Online-Antragsverfahren zu einem Antragsstau gekommen sei, der lange Bearbeitungszeiten nach sich ziehe. Er hege die Hoffnung, dass der bereits 2005 gestellte Antrag im laufenden Jahr und nicht erst im Jahre 2008 beschieden werde. Er führt weiter aus, dass der Bereich des ambulanten betreuten Wohnens (ABW) auf der Grundlage einer Vergütungsvereinbarung nach dem SGB XII gut aufgestellt sei. Sein Dank gelte hier dem Fachdienst Sozialhilfe mit der Leiterin, Frau Szag. Für den Bereich Wohnheim sei ebenfalls eine Vergütungsvereinbarung abgeschlossen worden. Dieser Bereich stelle sich aufgrund unterschiedlicher Hilfeempfänger und Hilfebedarfe als recht kompliziert dar, sei aber in Emden u. a. durch das hier praktizierte Hilfeplanverfahren als positiv zu bewerten. Der Bereich der psychosozialen Hilfen nach dem SGB II sei durch den Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der ARGE ebenfalls gut abgesichert. Als problematisch stelle sich der Bereich der Anlauf- und Kontaktstelle „Kumm 'rin“ dar, der trotz seines hohen präventiven Charakters keine Regelfinanzierung vorweisen könne. Hier werde aber in Zusammenarbeit mit der Politik und Verwaltung nach Lösungsansätzen gesucht.

Die Fragen von **Herrn Odinga** nach einer Zusammenarbeit mit der OBW Emden sowie der Anzahl der Erkrankten und deren Zu- bzw. Abnahme in den letzten 20 Jahren, werden von **Herr Hempel** dahingehend beantwortet, dass eine Kooperation mit der OBW bestehe. So würden einige dort vorgehaltene Einrichtungen genutzt, über die der Verein selbst nicht verfüge, so z. B. im Bereich der ambulanten Maßnahmen die dortige Werkstatt. Herr Hempel führt weiter aus, dass die Anlauf- und Kontaktstelle von ca. 70 Personen aufgesucht werde, wobei der Tagesdurchschnitt bei 20 – 30 Personen liege. Das Wohnheim biete 20 Plätze in 3 Apartments und 3 Wohngruppen. Die ambulante Betreuung werde von rd. 45 – 50 Personen genutzt. Das Betreuungsangebot des ambulanten Wohnens Sucht richte sich an 15 – 20 Personen. Seiner Einschätzung nach, so Herr Hempel weiter, sei die Zahl der Erkrankungen in den letzten Jahren nicht sehr viel höher geworden. Er weist in diesem Zusammenhang auf das in Emden bestehende gute Netzwerk mit seinen Angeboten und Ansprechpartnern hin.

Herr de Boer gibt ergänzend bekannt, dass der Fachdienst Gesundheit als nach dem PsychKG zuständige Stelle im letzten Jahr 118 vorläufige Einweisungen vorgenommen habe. Davon seien 64 Personen am nächsten Tag wieder entlassen worden. In 100 Fällen sei seitens des Amtsgerichtes eine Unterbringung angeordnet worden.

Frau Elfriede Meyer interessiert, ob es auch Personen gebe, die nach Inanspruchnahme von Hilfen wieder alleine leben können bzw. in die Familien zurück kehren würden.

Den Ausführungen **Herrn Hempels** zufolge gelinge dieses im ambulanten Bereich aufgrund der geringeren Hilfebedarfe häufiger als im stationären Bereich. Festzustellen sei, dass die Personen dann aber eher eigene Wohnungen beziehen würden, ggf. mit Hilfe einer Assistenz oder einer Begleitung, und eine Rückkehr in die Familie seltener erfolge. Es komme aber auch vor,

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

dass sich der Bezug einer eigenen Wohnung bzw. eine Rückkehr in die Familie als Fehlentscheidung erweise, die entsprechend revidiert werden müsse.

Die Frage von **Frau Grix** nach den Besitzverhältnissen des Hauses in Larrelt wird von **Herrn Hempel** dahin gehend beantwortet, dass dieses Objekt angemietet sei.

Herr Odinga möchte wissen, ob der Verein im Rahmen der Beschäftigung von Erkrankten auf landwirtschaftliche Betriebe zurück greifen könne und verweist auf entsprechende Betriebe in Schleswig-Holstein.

Herr Hempel räumt ein, dass dieses bisher nicht der Fall gewesen sei. In der Zeit von 2001 bis Ende 2006 habe der Verein einen Integrationsfachdienst (IFD) nach SGB IX vorgehalten. Die dort eingesetzten Sozialarbeiter seien auch zuständig für eine entsprechende Akquise im ostfriesischen Raum gewesen. Dieser Dienst habe jedoch abgegeben werden müssen, wobei, so Herr Hempel weiter, der entsprechende Bescheid des LASO für ihn nicht nachvollziehbar gewesen sei. Aufgrund dieser Akquise konnte ein Pool an Arbeitgebern vorgehalten werden, die bereit waren, Arbeitsplätze für beeinträchtigte Personen anzubieten. Herr Hempel appelliert in diesem Zusammenhang an das soziale Gewissen der Arbeitgeber und macht deutlich, dass eine solche Unterstützung für psychisch Erkrankte auch in Emden möglich sein sollte.

Herr Ammersken hegt Zweifel daran, dass die von Herrn Hempel benannten 20 bis 30 Besucher der Anlauf- und Kontaktstelle durch eine Sozialarbeiterin mit einer halben Stelle ausreichend betreut werden können und fragt nach Möglichkeiten eines ehrenamtlichen Einsatzes.

Herr Hempel zufolge sei vor rd. 3 Jahren durch den Verein eine Anzeige in der Emdener Zeitung veröffentlicht worden, aufgrund derer für einen ergänzenden Einsatz bürgerschaftlich interessierte Personen gesucht worden seien. Seinerzeit hätten sich 10 Personen gemeldet, von denen einige jedoch abgesagt haben. Derzeit würden 2 ehrenamtliche Kräfte im Einsatz sein, die eine gute Ergänzung darstellen würden. Sein Bestreben sei, diese Zahl zu erhöhen. Herr Hempel macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass die ehrenamtliche Tätigkeit im Gefüge klar definiert sein, gleichwohl aber auch die Kultur der Anerkennung und Wertschätzung dieser Tätigkeit entwickelt werden müsse.

Herr Ammersken dankt abschließend Herrn Hempel für die Ausführungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Gesundheitsförderung / Gesundheitshilfen - Bericht der Beratungsstelle "Pro Familia Emden"
Vorlage: 15/0205

Herr Ammersken begrüßt die Leiterin der Pro Familia Beratungsstelle Emden, Frau Marion Jacobs, sowie die Ansprechpartnerin für das Projekt der Beratungsstelle „BabyZeit“, Frau Nikolic.

Frau Jacobs und **Frau Nikolic** danken für die Einladung und stellen die Arbeit der Beratungsstelle sowie insbesondere auch das Angebot „BabyZeit“ mittels einer Power-Point-Präsentation vor (als PDF-Datei abrufbar unter www.emden.de).

Frau Jacobs teilt ergänzend mit, dass im Herbst 2005 eine durch die Stadt Emden ausgewertete Klientenbefragung durchgeführt worden sei, deren Ergebnis sich als hervorragend darstelle.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Hinsichtlich der Stiftung „Familie in Not“ wird von Frau Jacobs negativ bewertet, dass ALG II-Empfänger aus dem Kreis der Begünstigten ausgenommen worden seien.

Das Projekt „BabyZeit“ wird von **Frau Nikolic** anhand von computergesteuerten Baby-Simulatoren präsentiert. Die Puppen verfügen über Programme unterschiedlichen Schwierigkeitsgrads, die die Situationen realitätsnah erfahren ließen. Die Programme würden abschließend ausgewertet, um beispielsweise zu erfahren, ob eine zeitgerechte Fütterung erfolgt sei. Das Abschlussresümee zeige u. a., wenn vor Projektbeginn seitens der Jugendlichen ein Kinderwunsch geäußert worden sei, dass dieser im Abschlussresümee vielfach mit dem richtigen Zeitpunkt relativiert worden sei.

Frau Jacobs teilt darüber hinaus zur Finanzierung der Beratungsstelle mit, dass diese durch die Stadt Emden im Jahr 2003 noch mit 46.000 Euro bezuschusst worden sei, der Zuschuss nunmehr jedoch nur noch rd. 21.700 Euro betrage. Die Landesfinanzierung stelle sich für einen Zeitraum von 5 Jahren als gesichert dar. Weiterhin sei mit der Stadt Emden eine Leistungsvereinbarung geschlossen worden. Mit dem Landkreis Aurich sei ebenfalls ein Vertrag geschlossen worden und mit dem Landkreis Leer würden derzeit Vertragsverhandlungen geführt. Als Eigenmittel könne die Beratungsstelle jährlich zwischen 25.000 und 30.000 Euro einbringen, die an Beratungsgebühren vereinnahmt würden. Positiv hervor zu heben sei auch, so Frau Jacobs weiter, dass die Beratungsstelle in Emden landesweit einen guten Ruf genieße und z. B. für Vortragstätigkeiten eingeladen würde.

Herr Ammersken spricht seinen Dank für die Ausführungen aus.

Herr Schulze schließt sich dem Dank an, der insbesondere auch dem Engagement der Mitarbeiter/Innen der Beratungsstelle gilt. Dem Projekt BabyZeit bringe er großes Interesse entgegen und verbindet dieses mit der Hoffnung, dass eine Sensibilisierung der Jugendlichen nicht nur hinsichtlich der Schwierigkeiten, sondern auch hinsichtlich der aufzuzeigenden Möglichkeiten gelinge. Als ebenso positiv bewerte er auch das Tandemprojekt Hebamme und Sozialarbeiterin.

Die Frage von **Frau Elfriede Meyer**, wie der Personaleinsatz in der Außenstelle in Leer geregelt sei, beantwortet **Frau Jacobs** dahingehend, dass eine Betreuung über die Emdener Beratungsstelle erfolge. Je nach vorhandener Spezialisierung würden die Mitarbeiter/Innen dort an wechselnden Wochentagen tätig sein.

Auch **Herr Odinga** bewertet das Projekt BabyZeit als sehr positiv, spricht aber sein Unverständnis darüber aus, dass trotz der derzeitigen sehr offenen Medienpolitik vielfach die Aufklärung zu wünschen übrig ließe und gerade auch die Vermittlung von Verantwortungs- und Problembewusstsein auf der Strecke bliebe.

Frau Jacobs schließt sich dieser Kritik an und bestätigt aufgrund ihrer Erfahrungen die mangelnde Aufklärung der Jugendlichen.

Herrn Graf interessiert die Auslastung der Puppen an den Emdener Schulen.

Frau Jacobs erläutert, dass die Finanzierung des sehr personalintensiven Projektes sichergestellt sein müsse und auch die Anschaffung der Puppen recht teuer sei. So koste eine Projektwoche rd. 1.500 Euro, was aufgrund des fehlenden Budgets in den Schulen oft nicht finanzierbar sei. Für die Hauptschulen würde das Projekt mit 50 % seitens der Stadt Emden gefördert. Bezüglich der verbleibenden 50 % werde versucht, diese über Spenden und Zuschüsse abzudecken.

Frau Lina Meyer möchte wissen, was in den Fällen passiere, in denen Eltern ihre schwangeren Kinder ablehnen würden.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau Jacobs erläutert, dass jeder Einzelfall für sich betrachtet und hierbei auch auf die Familiensituation abgestellt werde. Soweit Jugendliche in Einzelfällen aus den Familien heraus müssten, weise die Beratungsstelle entsprechende Angebote auf, die in solchen Fällen genutzt würden.

Auf die Frage von **Herrn Schulze** hinsichtlich der zukünftigen Finanzierung der Beratungsstelle erläutert Frau Jacobs, dass insbesondere auch aufgrund der Landesfinanzierung derzeit von einer guten Finanzierungsgrundlage ausgegangen werde. Darüber hinaus würden weitere Finanzierungsmöglichkeiten genutzt, z. B. Spenden oder von den Gerichten auferlegte Bußgelder, die der Beratungsstelle zu Gute kämen.

Herrn Schulze interessiert der Aufbau der Fragebögen, auf deren Grundlage inhaltlich mit den Jugendlichen gearbeitet werde.

Frau Jacobs Ausführungen zufolge werde insbesondere im Bereich der sexualpädagogischen Arbeit und im Projekt BabyZeit mit Fragebögen gearbeitet. Im Rahmen der sexualpädagogischen Arbeit würden die Jugendliche zu Beginn gefragt, welches Thema im Schwerpunkt des Interesses liege. Festzustellen sei hierbei, dass die Interessenlagen der Mädchen und Jungen i. d. R. auseinander gingen. Anhand der Fragebögen werde das Thema dann aufgearbeitet. Im Bereich des Projektes BabyZeit würde anhand von Arbeitsblättern ein Abgleich der Einschätzung vor Beginn und nach Ende des Projektes vorgenommen.

Herr Ammersken bezieht sich auf die Stiftung „Familie in Not“ und drückt sein Unverständnis über das Herausnehmen von ALG-II-Empfängern aus dem Kreis der Begünstigten aus.

Frau Jacobs schließt sich dieser Kritik an und macht deutlich, dass damit Personen, die ggf. über mehr Einkommen als ALG II-Empfänger verfügen, eine Förderung erhielten. Die Entscheidung sei damit begründet worden, dass die „ALG II-Leistungen alles abdecken würden“.

Herr Ammersken appelliert, diese Thematik mit dem Ziel einer Änderung zum Gegenstand in der Landespolitik zu machen und bittet die Emdener Landtagsabgeordneten, sich für eine Änderung einzusetzen.

Die Frage von **Herrn Hoffmann** nach der Höhe der Zuschüsse für werdende Mütter durch die Stiftung „Mutter und Kind“ wird von **Frau Jacobs** dahingehend beantwortet, dass auf eine Förderung grundsätzlich kein Rechtsanspruch bestehe, eine solche vielmehr in Abhängigkeit der Anzahl der Anträge und der zur Verfügung stehenden Mittel erfolge. Die Förderung bewege sich hiernach zwischen rd. 600 und 1.500 Euro; derzeit würden max. 1.000 Euro gezahlt. ALG II-Empfänger erhielten eine Förderung in Höhe von max. 350 Euro. Die Förderung erfolge i. d. R. einmalig, könne aber ggf. über einen Zeitraum erfolgen, z. B. beim längeren Aufenthalt eines Kindes im Krankenhaus.

Herr Ammersken bedankt sich bei Frau Jacobs und Frau Nikolic für die Ausführungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine Mitteilungen

TOP 9 Anfragen

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Schulze begrüßt die heutige Gestaltung der Tagesordnung, die die Präsentation dieser 2 Einrichtungen vorgesehen hat und auch entsprechende Zeiträume zur Verfügung gestellt hat.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und wünscht allen Beteiligten einen schönen Feierabend.